
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Bäume in der Lausitzer Straße retten, Alternativen ernsthaft prüfen, Wasserqualität verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für die Verbesserung der Wasserqualität im Landwehrkanal in Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben folgende Verfahrensweise zur Erzielung der besten umweltfreundlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lösung zu vereinbaren:

1. Die Berliner Wasserbetriebe stellen den ökologischen Nutzen der geplanten Maßnahme im Zusammenhang der Gesamtmaßnahme zur Verbesserung der Wasserqualität im Landwehrkanal nachvollziehbar dar. Dabei ist ebenfalls darzustellen, ob mit einem geringfügig höheren finanziellen Aufwand eine deutlichere Verringerung der direkten Einleitung von Schmutzwasser in den Landwehrkanal erreichbar wäre.
2. Die Berliner Wasserbetriebe prüfen die von den Anwohner/-innen am 08.05.2013 vorgelegte Alternativplanung für die Maßnahmen in der Lausitzer Str. – Paul-Lincke-Ufer ernsthaft.
3. Die Berliner Wasserbetriebe prüfen Alternativen bei der Durchführung der beabsichtigten Arbeiten dahin gehend, ob durch andere Bauweisen, z. B. auch die halb offene und geschlossene Bauweise, die Bäume in der Lausitzer Str. erhalten werden können und gleichzeitig weniger Umweltbelastungen (Verringerung der Verkehrsbelastung durch Erdstofftransporte, Vermeidung von Grundwasserabsenkungen usw.) entstünden. Die jeweiligen Mehrkosten der Alternativen sind nachvollziehbar darzustellen.

4. Die Anwohner/-innen werden umfassend über die durchgeführten Prüfungen unterrichtet.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 13. Juni 2013 zu berichten.

Begründung:

Das Vorgehen der Berliner Wasserbetriebe, zur Verbesserung der Wasserqualität des Landwehrkanals in der Lausitzer Straße und damit an einem von insgesamt 70 Schmutzwassernotüberläufen in den Landwehrkanal größere Bauarbeiten durchzuführen, ist zu Recht auf den Protest der Anwohner/-innen gestoßen. So sollten die Anwohner/-innen über die Maßnahmen erst informiert werden, nachdem die für die gewählte Verfahrensweise notwendigen Baumfällungen in der Brut- und Vegetationsperiode durchgeführt wurden. Der Landwehrkanal war vor sechs Jahren schon einmal durch engagierte Bürger/-innen vor Kahlschlag und über-
teuerter Sanierung bewahrt worden. Das folgende Mediationsverfahren bewahrte den Landwehrkanal als Naherholungsgebiet und sparte 100 Millionen Euro. Auch diesmal konnte nur durch den entschlossenen Protest der Anwohner/-innen ein Aufschub erzwungen und ein Einstieg in eine gegenseitige Kommunikation erreicht werden. Auf der Anwohnerversammlung am 8. Mai 2013 konnten die Wasserbetriebe die sich stellenden Fragen nicht ausreichend und teilweise auch nur widersprüchlich beantworten.

Die Wasserbetriebe planen Maßnahmen, die 2,5 Millionen Euro kosten und die zu 60 Prozent vom Land Berlin getragen werden. Zweifellos sind Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität des Landwehrkanals notwendig. Unklar ist jedoch, welchen konkreten Vorteil die in Rede stehenden erbringen werden. So heißt es von Seiten der Wasserbetriebe, es würde eine hälftige Reduzierung der Schadensfälle erreicht, gleichzeitig wird vorgebracht, die Schadstofffrachten würden auf 20 bzw. 25 Prozent reduziert. Abgesehen davon, dass beides gleichzeitig kaum zutreffen kann, ist bisher versäumt worden, darzustellen, ob nicht mit verhältnismäßig geringem Zusatzaufwand wesentlich höhere Reduzierungen erreicht werden können. Zumal auch nach den Arbeiten die Anzahl der jährlichen Überläufe von un-
behandelten Abwässern in den Landwehrkanal bei recht hohen 10 bis 15 verbleibt. Der Senat hat es außerdem versäumt, Anreize für dezentrale Versickerungsmaßnahmen zu schaffen, um den Überlauf der Mischwasserkanalisation und damit die Anzahl der Rückhaltebecken zu verringern.

Unklar blieb auch die Frage, warum die Bäume für die Arbeiten am Schmutzwasserauslauf ausgerechnet in der Brut- und Vegetationsperiode (1. März bis 31. August) gefällt werden sollen, obwohl auf Grund der Schiffbarkeit auf dem Landwehrkanal erst in der Zeit von November bis März vom Wasser aus gearbeitet werden kann.

Auf der Anwohnerversammlung stellten die Anwohner/-innen einen Alternativvorschlag für die Gesamtmaßnahme vor, dessen eingehende Prüfung und Abwägung angeraten ist. Schließlich soll hier eine Maßnahme für die nächsten hundert Jahre verwirklicht werden.

Außerdem haben die Wasserbetriebe bisher nicht darstellen können, weshalb nicht eine schonendere halb offene Bauweise statt der geplanten offenen Trogbauweise (Trogquerschnitt ca. 4,20 m breit und 4,30 m tief) gewählt wurde. Zum Teil heißt es, die auch von verschiedenen Baufirmen als Alternativangebot dargestellte Maßnahme sei deutlich teurer, zum Teil, diese Bauweise sei technisch nicht möglich. Im Mediationsverfahren sollen Mehrkosten von 5 Prozent bzw. rund 70.000 Euro genannt worden sein, was im Hinblick auf die mögliche Rettung der Bäume und allgemeine Befriedung der Situation moderat erscheint.

Berlin, den 15. Mai 2013

Pop Kapek Behrendt
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Platta
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion
Die Linke